

Von AfD zu ALFA: Die Entwicklung zur Spaltung

Dr. Simon Tobias Franzmann¹

Einleitung

Seit bald drei Jahren schickt sich eine Partei an, sich nachhaltig rechts von den Unionsparteien im deutschen Parteiensystem zu etablieren. Die im Frühjahr 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD) durchlebte dabei im Jahr 2015 stürmische Zeiten. Der ursprünglich medial präsenteste der drei Gründungsparteisprecher, Bernd Lucke, wurde nicht nur als Parteisprecher abgewählt. Er schied auch komplett aus der Partei aus und gründete mit der *Allianz für Fortschritt und Aufbruch* (ALFA) sogleich im Juli 2015 eine neue Partei. Was führte zu diesem innerparteilichen Bruch? War es wirklich das Ergebnis einer innerparteilichen Radikalisierung, die zum Austritt der Moderaten führte? Diesen Fragen soll hier anhand einer theoretisch-konzeptionell geleiteten dichten Beschreibung des Entwicklungsprozess der AfD bis hin zur Spaltung nach dem Essener Parteitag nachgegangen werden.

Zunächst erfolgt eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Populismusbegriff, der bei der öffentlichen Debatte der AfD eine große Rolle spielt. Im vorliegenden Beitrag wird argumentiert, dass Populismus erst mit dem politikwissenschaftlichen Konzept der relationalen Anti-Systempartei seine spezifische Bedeutung erfährt. Anschließend werden ausführlich die Geschichte und der Prozess hin zur Spaltung der AfD nachgezeichnet. Dabei zeigt sich, dass schon im Verlauf des Jahres 2014 gesellschaftspolitisch liberale Kräfte die AfD schleichend verließen. Mit den ostdeutschen Landtagswahlen desselben Jahres und dem Aufkommen der PEGIDA-Bewegung eskalierte der Streit zwischen stärker auf Regierungsverantwortung und Wirtschaftsliberalismus orientierten Akteuren um Lucke herum und einer grundsätzlichen Oppositionsorientierung. Letztere setzte sich dabei durch.

Zur Konzeption von Anti-System-Partei und Populismus

Analysieren Politikwissenschaftler Ideologien, so sind ihre Begriffe nicht exklusiv für die Wissenschaft kreiert. Das Verständnis von Alltagsdebatten

wird häufig auf wissenschaftliche Sachverhalte übertragen. Die Folge sind dann mangelnde Trennschärfe und unbeabsichtigte Wertungen. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist die ideologische Verortung von Parteien vor allem in Hinblick auf die Mechanik des Parteiensystems interessant. Die Etablierung einer neuen Partei kann dabei sowohl positive als auch negative Wirkungen entfalten. Gemäß der Theorie der Parteiendemokratie ist die Etablierung als positiv zu interpretieren, wenn die neue Partei konkret durch die Setzung neuer Themen die Innovationskraft im Rahmen des demokratischen Parteienwettbewerbs verbessert und insgesamt die Repräsentationsqualität erhöht (Franzmann 2016a: 68). Im günstigen Fall ist eine funktionierende Parteiendemokratie in der Lage, solche neuen Wettbewerber für die gesamte Demokratie Gewinn bringend zu integrieren (Franzmann 2016a: 69-73). Die Etablierung wird allerdings für die Funktionsweise eines Parteiensystems als negativ erachtet, wenn die neue Partei sich selbst als Anti-System-Partei versteht, die Koalitionsbildung erschwert und ohne eine wirksame Steigerung der Repräsentationsqualität zur Polarisierung und mitunter sogar zur Destabilisierung beiträgt (Sartori 1976).

Im Fokus der politikwissenschaftlichen Debatte stehen Begriff und Definition des Wesens einer solchen Anti-System-Partei. Sie findet im konkreten Fall der Diskussion über den ideologischen Charakter der AfD ihren Ausdruck darin, ob die AfD nun eine (rechts-)populistische Partei sei oder nicht (z.B. Arzheimer 2015; Berbair/Lewandowsky/Siri 2015; Lewandowsky 2015). Durch die Fokussierung auf den Populismusbegriff gerät gelegentlich die Bedeutung der Frage für die Wirkung auf das gesamte Parteiensystem aus dem Blickfeld. Für die Funktion des Parteiensystems ist entscheidend, ob demokratische Flügelkoalitionen weiterhin möglich sind, oder ob de facto nur noch Zentrumskoalitionen der großen Parteien gebildet werden können (Schmitt 2016; Schmitt/Franzmann 2016). Im letzteren Fall wäre der für die Funktionsweise einer Parteiendemokratie essentielle Mechanismus der Regierung-Opposition-Auseinandersetzung und des potentiellen Wechsels bei Wahlen suspendiert (Franzmann 2016a). Populismus kann zu dieser Situation beitragen, wenn er sich in Form „unverantwortlicher Opposition“ (Sartori 1976) äußert. Er muss aber nicht zwangsläufig diese Wirkung haben. Mit „unverantwortlicher Opposition“ ist hier gemeint, dass eine Partei öffentliche Forderungen gegenüber der Regierung aufstellt im Wissen, sich selbst niemals in der Regierung wiederzufinden und sich somit für die Nicht-Erfüllbarkeit ihrer Forderungen gegenüber dem Wähler nicht verantworten zu müssen (Sartori 1976).

¹ Der Autor ist Akademischer Rat a.Z. am Institut für Sozialwissenschaften, Vergleichende Politikwissenschaft, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, und PRuF-Fellow.

Wenn in der Öffentlichkeit über Anti-System-Parteien diskutiert wird, wird häufig ein „absoluter“ Begriff zu Grunde gelegt. Für die politikwissenschaftliche Diskussion ist es sinnvoll, den Begriff der Anti-System-Partei präzise in zwei Dimensionen zu erfassen: (i) zum Ersten in einer Dimension der relationalen Anti-System-Positionierung und (ii) zum Zweiten in einer Dimension der ideologischen Verortung als anti-demokratisch (Capoccia 2002). Eine relationale Anti-System-Partei kann dabei durchaus demokratisch sein, aber trotzdem die Mechanik eines Parteiensystems über eingeschränkte Möglichkeiten zur Regierungsbildung negativ beeinträchtigen. Dies wäre zwar nicht eine klassische „absolute“ Anti-System-Partei, aber eine polarisierende relationale Anti-System-Partei. Nach Capoccia (2002: 15) können drei Charakteristika zur Kennzeichnung von relationaler Anti-System-Positionierung identifiziert werden: (1) eine hohe räumlich-ideologische Distanz der Wählerschaft gegenüber anderen Parteien; (2) geringes Koalitionspotential; (3) eine [populistische]² Propagandataktik mit dem Ziel, andere Wettbewerbsteilnehmer zu delegitimieren. Wir werden später sehen, dass die Auseinandersetzung über genau diesen relationalen Anti-Systemstatus die Triebfeder für den innerparteilichen Konflikt und schließlich Spaltung der AfD war. Dabei standen zum Ersten die Haltung zu PEGIDA und damit verbunden das Selbstverständnis als eine Art „Widerstandsbewegung“ und Sprachrohr derjenigen, die sich von den „Altparteien“ nicht mehr vertreten sahen, auf der Agenda (siehe folgender Abschnitt). Dies ist mit dem ersten Punkt einer räumlich-ideologischen Distanz gemeint – und diese kann räumlich und zeitlich variieren. Was zum Beispiel innerhalb Thüringens und Sachsens ideologisch noch nicht weit von den übrigen Parteien entfernt erscheint, mag in der Gesamtbetrachtung der Bundesrepublik ein unüberbrückbarer Graben sein. Hier kommt der relationale Charakter zum Tragen: Wer ideologisch zu weit von den anderen politischen Akteuren entfernt ist, ist selbst nicht gut ins politische System integriert. Dies macht sich nicht an einem bestimmten Politikinhalt fest, sondern an den Positionen der unterschiedlichen Akteure. Was in den 1960er Jahren zum Beispiel in Hinblick auf Geschlechterrollen noch gerade akzeptabel als inhaltliche Position erschien, mag ein halbes Jahrhundert später als kaum noch integrationsfähig angesehen werden (siehe auch folgender

Abschnitt). Zum Zweiten ging es in der innerparteilichen Auseinandersetzung um den Charakter als Oppositionspartei oder als (potentielle) Regierungspartei. Wer sich als potentielle Regierungspartei sieht, wird von sich aus versuchen, den Graben zu den übrigen Parteien und somit den (temporären) Anti-System-Status zu überwinden. Das dritte Element der Definition einer relationalen Anti-System-Partei ist permanenter Teil der Debatte *über* die AfD und ALFA: die populistische Propagandataktik.

Nun ist Populismus innerhalb der Politikwissenschaft ein häufig genutztes, aber in der Detaildefinition umkämpftes Konzept. Ein Großteil der in der politikwissenschaftlichen Literatur anzutreffenden Verwirrung über den Populismusbegriff rührt daher, dass die einen über einen Kommunikationsstil reden, während andere Populismus an sich als Ideologie betrachten (van Kessel 2014). Wer populistisch kommuniziert, muss nicht zugleich auch einer populistischen Ideologie anhängen. Wer aber dauernd populistisch kommuniziert, kann als populistischer Akteur gekennzeichnet werden (van Kessel 2014: 112). Tatsächlich ist Populismus gut geeignet, die beiden oben aufgeteilten Dimensionen der Anti-System-Positionierung – relationale Anti-System-Haltung und anti-demokratische Ideologie – miteinander zu verbinden. Kommunikationsstil und Ideologie mögen dabei miteinander korrespondieren, sie müssen es aber nicht.³ Auch wenn er in öffentlichen Debatten meist negativ konnotiert ist, möchte ich den Populismusbegriff wertfrei verwenden. Es geht zunächst schlicht um die Konstatierung, ob Populismus vorliegt oder nicht. Innerhalb der Politikwissenschaft konkurrieren mehrere Populismusdefinitionen miteinander. Da eine Definition nicht wahr oder falsch sein kann, sondern axiomatisch gesetzt wird, möchte ich im Folgenden eine solche verwenden, die mir am nützlichsten im Sinne der Herstellung von Trennschärfe gegenüber dem noch zu klärenden Konzept des Extremismus und zur Integration in die Betrachtung über Anti-System-Parteien erscheint. Dabei differenziere ich zwischen Populismus als politischen Kommunikationsstil, Populismus als Komplementär-ideologie und Populismus als Voll-ideologie. Allgemein wird Populismus in Anlehnung an Mudde (2004) sowie Mudde/Kaltwasser (2013: 149-150) wie folgt definiert:

„a thin-centred ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups,

² Capoccia (2002) selbst verwendet nicht den Begriff Populismus. Er hält sich eng an Sartori (1976), der diesen Begriff auch noch nicht kannte. Die aktuell gängigen Konzepte von Populismus entsprechen aber sachlich den Ausführungen Capoccias.

³ So lässt sich z.B. gut zeigen, dass Bernd Lucke als AfD-Bundessprecher während des Bundestagswahlkampfes sich populistischer Stilmittel bediente, während des Europawahlkampfes aber nicht (Franzmann 2016b).

‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people”.

Zentral für die Identifikation eines populistischen Diskurses sind entsprechend die folgenden drei Eigenschaften: (1) eine antagonistische Beziehung zwischen „dem Volk“ und „der Elite“, bei dem (2) „das Volk“ als homogene und gute Einheit wahrgenommen wird, während (3) „die Elite“ als moralisch verkommen und als Gegner des „guten Volkes“ dargestellt wird, und deswegen (4) „die Elite“ als Schuldiger für eine tatsächliche oder vermeintliche aktuelle Krise dargestellt wird (Decker 2006; Jagers/Walgrave 2007; Hawkins 2009; Mudde/Kaltwasser 2013; Rooduijn, de Lange, van der Brug 2014; Rooduijn 2014; Lewandowsky 2015). *Unter einem populistischen Kommunikationsstil verstehe ich entsprechend eine Argumentation, die in moralisierender Art und Weise auf den Antagonismus zwischen „gutem“ Volk und „böser“ Elite abhebt.* Der Gegenstand „des Volkes“ kann dabei variieren. Er kann sich auf Klassenzugehörigkeit, Nation, Rasse oder Kultur gründen (Rooduijn/de Lange/van der Brug 2014: 564).

In der Tradition von Mudde (2004) sehe ich Populismus als keine „dicke“ Ideologie an: „*Populism is moralistic rather than programmatic.*“ (Mudde 2004: 544). Solche „dünnen“ Ideologien sind dadurch gekennzeichnet, dass sie aus sich heraus keine Antworten auf komplexe Phänomene wie die Herausforderungen des Sozialstaates geben (Freedon 1998: 750-751). Sie können leicht mit anderen Ideologien kombiniert werden, die wiederum eine dichte begriffliche Morphologie aufweisen (Mudde/Kaltwasser 2013: 150-151). Dies gilt selbstverständlich auch für den Populismus. Populismus ist nach meinem Verständnis eine *nicht pluralistische* Spielart (Mudde 2004: 544-545) innerhalb einer größeren Ideologiefamilie. So kann es folgende ideologische Ausprägungen geben: konservativ-populistisch, liberal-populistisch, sozialistisch-populistisch, ökologisch-populistisch. Populismus ist dann in erster Linie eine *Komplementärideologie*.⁴ Solche ideologisch komplementär-populistischen Parteien schließen die kompromisshaften Verständigung mit anderen gesellschaftlichen wie politischen Akteuren grundsätzlich aus, lehnen daher die Regierungsverantwortung im Rahmen einer Koalitionsregierung ab und erheben den relationalen Anti-System-Charakter

quasi zum Teil der Kernideologie. Diesem Verständnis nach würde ich z.B. die fundamentalistischen Grünen der 1980er Jahre als Populisten kennzeichnen. Der Anti-Pluralismus orientiert sich hier nicht an der Feindschaftsdefinition gegenüber einer Klasse (wie bei sozialistischen Populisten) oder der Rasse (wie bei Faschisten) oder der Nation (wie bei konservativen Populisten), sondern am Lebensstil.⁵ Es gibt aber auch einige Ideologien, die im Kern logisch unvereinbar mit Populismus erscheinen, da sie eben den Antagonismus zwischen Volk und Elite ausschließen und auf Kompromisse zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ausgerichtet sind. Dazu gehört in erster Linie die Christdemokratie (vgl. Frey 2009), die Soziale Demokratie (Meyer 2011), der klassische Liberalismus im Sinne Mills ([1969]1859) und der britische Konservatismus in der Tradition von Burke ([1968]1793). Der sich in einer orthodoxen Interpretation auf Carl Schmitt berufende Konservatismus hingegen ist auf Grund seines Freund-Feind-Politikverständnisses (vgl. Schmitt 1932) explizit offen für Populismus. *Unter Populismus als komplementären Ideologiebestandteil verstehe ich nachfolgend eine Weltanschauung, die innerhalb einer größeren Ideologie die eigene Partei als relationale Anti-System-Partei definiert.*

Theoretisch ist nun durchaus denkbar, dass die „dünn“, komplementäre Teilideologie verabsolutiert wird und jeder Bezug zu einer übergreifenden, komplexen „dicken“ Ideologie verloren geht. Dann ist die Weltanschauung einzig vom Antagonismus Volk-vs.-Elite geprägt. Die Verschwörungstheorie ist zur Weltanschauung geworden. Sie formuliert als Vollideologie keine wirklichen Antworten auf gesellschaftliche Probleme und führt die Existenz von Krisen und Kriegen alleine auf die Elitenverschwörung zurück. *Unter Populismus als Vollideologie verstehe ich im Folgenden eine Ideologie, die einen Gegensatz zwischen „Volk“ und „Elite“ konstruiert, bestehende gesellschaftliche Probleme auf eine Elitenverschwörung zurückführt und den Willen des „Volks“ als normativ für das politische Handeln setzt.*“ Anhänger eines solch einfachen Weltbildes blenden üblicherweise gegenläufige Informationen aus. Gegebenenfalls werden die Übermittler der dem Weltbild entgegenstehender Fakten als Lügner und Teil der Verschwörung aufgefasst, etwa die Medien als „Lügenpresse“ bezeichnet. Nur so lässt sich das Weltbild

⁴ Den Begriff „Komplementär-ideologie“ als präzise Formulierung gegenüber „dünnere Ideologie“ verdanke ich einem Hinweis von Oliver Franzmann.

⁵ Eine solche populistische Lebensstilorientierung weist ebenfalls die populistische Interpretation des Wirtschaftsliberalismus aus. Der soziale Status wird hier dann als direktes Ergebnis der persönlichen Lebensführung interpretiert bei Ausblendung fast aller gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

aufrechterhalten. Die Weltverschwörung ist zur Weltanschauung geworden.

Wer eine „dicke“ Ideologie hat, ist gegen Populismus keineswegs „immun“ und kann sich durchaus populistischer Kommunikationsstrategien bedienen. Überlegungen zur Wählerstimmenmaximierung setzen dabei Anreize für politische Akteure, sich entgegen der eigenen Ursprungsideologie populistischer Stilmittel zu bedienen. Das Gründungskernthema von AfD und ALFA, die Kritik am EURO und dem Stand der Europäischen Integration, eignet sich dabei besonders gut zur Verknüpfung mit Populismus und zur Begründung einer relationalen Anti-System-Position: Es fordert Identitätskonflikte heraus, ist mit der EWWU eng in der Tagespolitik mit ökonomischen Themen verknüpft und kritisiert mit der EU institutionell ein partiell demokratiedefizitäres Mehrebenensystem (Decker/Lewandowsky 2012: 276-277). Somit können real vorhandene, kaum auflösbare Widersprüche der politischen Realität aufgenommen und populistisch zugespitzt werden (Kaltwasser 2014). Der Trick der populistischen Rhetorik ist es nun, die handelnden Akteure für die nicht auflösbaren Widersprüche moralisch verantwortlich zu machen. Diese vereinfachende, moralisierende Zuspitzung reduziert wiederum das Koalitionspotential und erhöht potentiell die Distanz zur übrigen Wählerschaft, kurz: Je nach thematischer Konstellation löst die Verwendung populistischer Stilmittel eine Sogwirkung in Richtung einer relationalen Anti-System-Positionierung aus. Manche kommunikativen Akte, die vordergründig eine populistische Ideologie zum Ausdruck bringen, sind in Wirklichkeit nur „rhetorisch“, also eigentlich schein-populistisch, nämlich so wie eine „rhetorische Frage“ ihrer Funktion nach keine echte Frage ist, sondern die Antwort eigentlich schon klar ist, man verwendet dieses Stilmittel, um emotional getriebene Unterstützung herzustellen. Selbstverständlich kann der Antrieb aber auch eine komplementär-ideologische Spielart einer großen Ideologie sein sowie eines vollständig populistischen Weltbildes. Die Eigenverortung als relationale Anti-System-Partei ist dabei ein wichtiger Hinweis, wenn auch kein Beweis, dass die populistische Rhetorik einer zumindest komplementär-ideologischen Sichtweise entspringt. In der späteren Detailanalyse des Entwicklungsprozesses der AfD wird deutlich werden, dass sich diese Dreiteilung gut anwenden lässt.

Wann ist nun eine Ideologie als anti-demokratisch zu kennzeichnen? Capoccia (2002: 19-20; 26) schlägt vor, die Ablehnung eines der minimaldefinitiven

Bestandteile der Demokratie als Kriterium zu nehmen, um eine anti-demokratische Ideologie zu identifizieren. In Anlehnung an Collier und Levitsky (1997) sind dies (a) faire und freie Wahlen, (b) ein umfassendes und gleiches Wahlrecht, (c) Wahlen als entscheidender Faktor zur Besetzung von Regierungsämtern sowie (d) die effektive Durchsetzung von Bürgerrechten für die gesamte Bevölkerung.

Im Rahmen der Klassifizierung anti-demokratischer Ideologien kommen zwei weitere, in der Öffentlichkeit ebenfalls häufig diskutierte Konzepte zum Tragen: das Konzept des Radikalismus und das Konzept des Extremismus. Beide sind grundsätzlich mit Populismus kombinierbar. So fasst Mudde (2007: 23-26) unter „*populist radical right*“ radikale Parteien als solche auf, die stets gegen die Werte der liberal-demokratischen Grundordnung opponieren. Radikale Gegner der liberalen Demokratie opponieren gegen politisch-gesellschaftlichen Pluralismus und den Schutz von Minderheiten (Mudde 2007: 25). Solche Radikale können auf der linken wie rechten Seite des politischen Spektrums angesiedelt sein. Dies macht deutlich, dass Radikalismus erst in Verbindung mit einem anderen Konzept, dem Extremismus, seine spezifische Bedeutung erfährt. Unter Extremismus möchte ich schlicht die Positionierung auf der Links-Rechts-Dimension fassen. Nimmt eine Person, eine Partei eine extreme Links-Rechts-Position ein? Dabei ist der Grad des Extremismus durch das (extreme) Ausmaß der gewünschten Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Status Quo definiert. Unter Links wird dabei das Streben nach einer Veränderung des Status Quo nach mehr Gleichheit, unter rechts das Streben der Veränderung des Status Quo nach mehr Ungleichheit definiert (vgl. Bobbio 1994). „Rechtsextrem“ ist dann eine im Vergleich zum Status Quo und den Wettbewerbern extreme Befürwortung von Ungleichheit, „linksextrem“ eine extreme Befürwortung der Herstellung von Gleichheit. Antidemokratisch ist dieses Streben dann, wenn einer der vier definitorischen Minimalbestandteile der Demokratie auf Basis einer radikalen Ideologie abgelehnt wird. Entsprechend sind „rechtspopulistische“ Parteien ohne das Adjektiv radikal oder extrem schlicht Parteien, die einer komplementär-populistischen Ideologie anhängen, deren übergeordnete Kernideologie eine Veränderung des Status Quo hin zur mehr Ungleichheit befürwortet. Dies kann eine konservativ-populistische oder eine wirtschaftsliberal-populistische Ausrichtung sein. Denkbar ist auch eine Abgrenzung gegenüber kulturellen Außenseitern als Begründung von Ungleichheit (Berbuir et al 2015: 157).

Der Kampf um den Anti-System-Charakter und die programmatische Bedeutung des Wirtschaftsliberalismus: Die Entwicklung der AfD bis zur Gründung von ALFA

Gerade in den Anfangsmonaten war die ideologische Einordnung der AfD umstritten. Die programmatische Dominanz der Eurokritik ließ die AfD zunächst als national-konservative Partei erscheinen (Niedermayer 2015: 190). Lewandowsky (2015: 125) vertritt hingegen bei einer synoptischen Auswertung eines Literaturberichtes die Auffassung, dass die AfD „relativ eindeutig als populistisch“ bezeichnet werden könne. Vor zwei Jahren kam ich bei der Programmanalyse der frisch gegründeten AfD hier an dieser Stelle zu einem etwas vorsichtigeren Schluss:

„Die von der AfD besetzten Kernthemen ziehen ein bestimmtes Klientel an, das zuvor auch in extremistischen und populistischen Parteien ihre Heimat sah (Häusler 2013). Folglich zeichnet sich ab, dass (...) innerhalb der Parteigliederungen der AfD systemkritische bis systemfeindliche Personengruppen versuchen, Fuß zu fassen, während auf der anderen Seite bürgerliche Kreise mit konservativer oder klassisch national-liberaler Einstellung eher spezifische Problemlösungsaspekte der Euro-Krise in den Vordergrund stellen werden. (...)“ (Franzmann 2014: 122-123)

Tatsächlich waren die Kandidaten der AfD zur Bundestagswahl 2013 in ihrer Gesamtheit nicht sonderlich extrem positioniert (Jankowski et al 2016). Wir sind nun 24 Monate weiter. Die eher technokratisch geprägten Personen mit konservativer und national-liberaler Einstellung sind überwiegend von der AfD zu ALFA gewechselt. Im Moment (Februar 2016) scheint innerhalb der AfD weiterhin der rechte Flügel im Aufwind. Zentral zum Verständnis der Entstehung, Entwicklung und schließlich Spaltung der AfD ist die Unterscheidung von *Gründungsanlass* und *Gründungsursache* (Franzmann 2014). Gründungsanlass für die AfD war die EURO-Krise. Die Gründungsursache lag hingegen in einer generellen Unzufriedenheit vor allem konservativer Persönlichkeiten mit der Politik der christlichen-liberalen Koalition und der Amtsführung Merkels während der vorangegangenen großen Koalition (2005-2009). Schon kurz nach der für die CDU erfolgreichen (!) Bundestagswahl 2009 äußerte sich der Unmut öffentlich. In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung kritisierten die CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden Hessens, Sachsens und Thüringens sowie die stellvertretende Landtagsfraktionsvorsitzende Brandenburgs die Amtsführung Merkels sowie das aus ihrer Sicht zu geringe konservative Profil ihrer Partei:

„Wir müssen unsere Wähler auf der Grundlage einer erkennbaren christlichen Orientierung mit Botschaften zur Leitkultur, zur Bedeutung von Bindung und Freiheit, zur Familie, zum Lebensschutz und zum Patriotismus ansprechen.“⁶

Insbesondere der Mitverfasser und damalige hessische Landtagsfraktionsvorsitzende Christean Wagner bemühte sich in den folgenden Jahren um die Etablierung des Berliner Kreises innerhalb der CDU. Dieser Kreis versteht sich als Organisation der Konservativen innerhalb der CDU.⁷ Soweit wäre noch keine Parteienneugründung nötig gewesen. Als Katalysator für den Gründungsanlass dienten hingegen Merkels widersprüchliche Erklärungen am 25. März 2010: Sie verkündete morgens im Bundestag keine Finanzmittel für die Rettung Griechenland aufbringen zu wollen, doch abends beschloss sie beim EU-Gipfel ein erstes Rettungspaket mit (Niedermayer 2015: 177). Die Kritik aus der deutschen Ökonomenzunft ließ nicht lange auf sich warten. Sie fürchteten aus ordnungspolitischen Gründen ein Bail-Out Griechenlands und damit verbunden negative Anreize zur Verfolgung einer strikten Haushaltskonsolidierungspolitik. Der Hamburger Volkswirtschaftsprofessor Lucke entwickelte in der Folge schnell ein politisches Sendungsbewusstsein. In einem Gastbeitrag in der FAZ kritisierte er insbesondere die CDU, dass sie mit ihrer Haltung zum EURO ihre wirtschaftspolitische Kompetenz verspiele.⁸ In Verbindung mit der schon abhanden gekommenen Kompetenz auf dem Feld konservativer Gesellschaftspolitik sah er die CDU und somit das gesamte deutsche Parteiensystem vor großen Herausforderungen. In gewisser Weise warnte er hier vor den Dingen, die er später selbst anstoßen sollte (Franzmann 2014). Lucke trat aus der CDU aus und begründete im September 2012 unter anderem zusammen mit den konservativen Publizisten Konrad Adam und Alexander Gauland die „Wahlalternative 2013“. Sowohl Adam als auch Gauland waren zuvor Mitglieder des „Berliner Kreises“ in der CDU gewesen. Schon wenige Monate vor Luckes Gastbeitrag in der FAZ beklagte Gauland in einem Kommentar für die Tageszeitung „Die Welt“: „Mit Angela Merkel

⁶ Steffen Flath, Saskia Ludwig, Christean Wagner und Mike Mohring: „Mehr Profil wagen“, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10.1.2010.

⁷ Siehe die entsprechende Eigencharakterisierung auf der Homepage des Berliner Kreises: www.berlinerkreisinderunion.de/ (zuletzt abgerufen am 7.2.2016).

⁸ Lucke, Bernd (2011): Euro-Retter auf der falschen Spur. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juni 2011, S. 10.

hat die CDU ihre Seele verloren.⁹ Gaulands Antrieb war dabei weniger die EURO-Krise, die er in seinem Beitrag nur kurz erwähnt. Vielmehr trieben ihn klassisch konservative Themen um, wie die Abschaffung der Wehrpflicht, der Ausstieg aus der Atomkraft, die Schwächung des Gymnasiums und die Frauenquote, aber auch der Umgang Merkels mit der Plagiatsaffäre um den ehemaligen Verteidigungsminister von Guttenberg. Sein Beitrag endet trotz seiner damals noch andauernden CDU-Mitgliedschaft praktisch mit einem Scheidungswort: „Wenn Angela Merkel das Bundeskanzleramt verlassen muss, werde ich symbolisch am Wagenschlag stehen. Bedauerlich nur, dass dann auch die Union Geschichte sein wird.“¹⁰ Gauland arbeitete zu diesem Zeitpunkt an der Etablierung des Berliner Kreises mit. In den Folgemonaten wurde jedoch deutlich, dass die CDU-Führung nicht gewillt war, die Institutionalisierung eines konservativen Flügels innerhalb der Partei zu akzeptieren. Sowohl der CDU-Fraktionsvorsitzende Kauder¹¹ als auch der CDU-Generalsekretär Gröhe¹² machten dies öffentlich deutlich.

Die Wahlalternative 2013 unterstützte Gauland zunächst nur passiv. Im Gegensatz zu früheren Äußerungen bekannte er sich nun bei ihrer Gründung im September 2012 zur EURO-Politik als entscheidendes Thema für seinen Beschluss: „Ich sehe in der CDU nicht die Möglichkeit, das Thema voranzubringen, um das es geht, nämlich die Geldrettung und nicht die Eurorettung“.¹³ Die Wahlalternative suchte zunächst die Zusammenarbeit mit den Freien Wählern und strebte diese auch für die Bundestagswahlen an. Allerdings kam es nur bei der niedersächsischen Landtagswahl zu diesem Bündnis zwischen Wahlalternative 2013 und Freien Wählern. Lucke war hier auf Listenplatz 3 platziert.¹⁴ Zusammen erlangten sie 1,1%. Lucke zeigte sich enttäuscht über organisatorische Unzulänglichkeiten und die mangelnde Wahlkampfunterstützung durch den FW-Vorsitzenden Ai-

wanger.¹⁵ Hinzu kamen wohl programmatische Differenzen bezüglich der finanziellen Ausstattung der Kommunen und der Energiepolitik.¹⁶ Aiwanger war nicht dazu bereit, die FW primär als Teil eines bundesweiten bürgerlichen Anti-Euroblocks aufzustellen.¹⁷ Aus dieser Enttäuschung heraus beschlossen Lucke, Gauland und Adam mit einigen anderen Mitstreitern im Februar 2013 die Gründung einer eigenen Partei. So kam es im April 2013 zum Gründungsparteitag der AfD in Berlin. Im Gegensatz zu vielen anderen Parteineugründungen konnte sie dabei auf eine gute Ressourcenausstattung und eine überraschend gut funktionierende Organisationsstruktur zurückgreifen (Niedermayer 2015: 183-184). Thematisch profitierte sie davon, mit ihrer Kritik an der Euro-Rettungspolitik ein programmatisches Alleinstellungsmerkmal gegenüber den etablierten Parteien einnehmen zu können (Schmitt-Beck 2014). Ihre Wählerschaft kam von fast allen Parteien, insbesondere aber von der FDP.¹⁸

Nach der Bundestagswahl stand mit den Europawahlen im Frühjahr 2014 die nächste Herausforderung für die junge Partei an. Hier zeigte sich schnell, dass sich jenseits der Gründungselite neue Strömungen innerhalb der Partei Gehör verschaffen wollten. Als Strömungen zeichneten sich ein national-konservativer und ein liberal-konservativer Flügel ab. Die Bundesgeschäftsführer Hansel und Pazderski versuchten, befeuert von einer Umfrage des Institutes INSA, eine restriktivere Asyl- und Einwanderungspolitik auf die Agenda zu setzen (AfD PM 19.2.2014).

Die im parteiinternen Vergleich liberalen Aktiven sammelten sich in der Gruppe „Kolibri“ – den Konservativen und Liberalen der AfD. Obwohl Ende Januar beim Aufstellungsparteitag zur Europawahl noch einmal Einigkeit hergestellt werden konnte, verschärfen sich in der Folge die innerparteilichen Auseinandersetzungen drastisch. Kristallisationspunkt waren

⁹ DIE WELT vom 23.06.2011, www.welt.de/debatte/article13446426/MitAngelaMerkelhatdieCDUihreSeeleverloren.html, zuletzt abgerufen am 30.01.2016.

¹⁰ Quelle siehe vorherige Fußnote.

¹¹ Welt Online vom 12.12.2011, www.welt.de/politik/deutschland/article13763925/Der-misllungene-Coup-der-CDU-Konservativen.html, zuletzt abgerufen am 7.2.2016. Interessanterweise wird in diesem Zeitungsartikel Alexander Gauland wie folgt zitiert: „Es geht nicht um die Gründung einer neuen Partei“.

¹² ZEIT Online vom 8.2.2012, zuletzt abgerufen am 7.2.2016.

¹³ Zitiert zitiert nach: DIE Welt vom 4.10.2012, www.welt.de/politik/deutschland/article109606449/EnttaeuschteCDUPolitikergruendenWahlalternative.html, zuletzt abgerufen am 30.1.2016.

¹⁴ www.n-tv.de/politik/Eurokritiker-planen-den-Aufstand-article9626296.html, zuletzt abgerufen am 7.2.2016.

¹⁵ www.cicero.de/berliner-republik/frei-waehler-unfrei-freie-waehler/55711, zuletzt abgerufen am 7.2.2016.

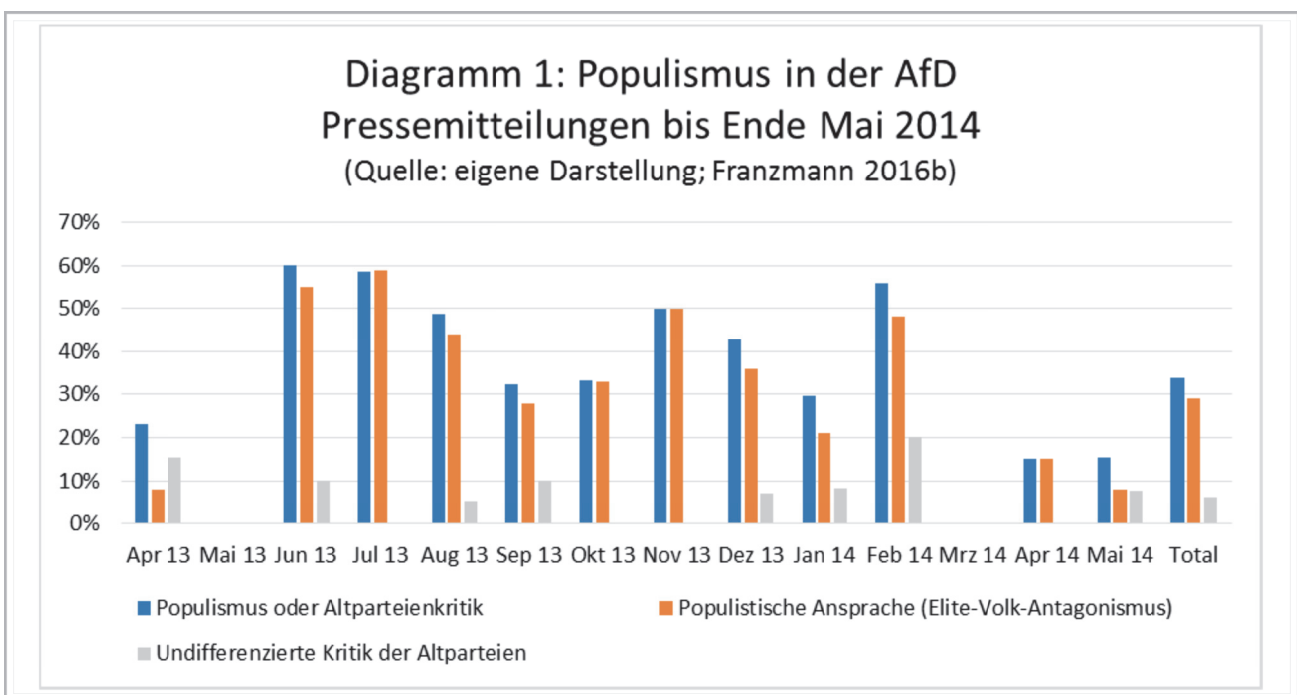
¹⁶ Aiwanger in einem Interview mit der WELT vom 24.3.2013, www.welt.de/politik/article114730641/Grossteil-des-Geldes-fuer-das-wir-buerger-ist-weg.html, zuletzt abgerufen am 15.2.2016.

¹⁷ So Stephan Wehrhahn in einem Interview mit der Welt am 30.3.2013, www.welt.de/politik/deutschland/article114875983/Ich-wollte-mich-fuer-Aiwanger-nicht-verheizen-lassen.html, zuletzt abgerufen am 15.2.2016.

¹⁸ Eine Schätzung von infratest dimap bezifferte die absolute Anzahl der Wechsler von FDP zu AfD auf ca. 430.000, 340.000 von den LINKEN, 290.000 von der Union, 210.000 von den Nichtwählern, 180.000 von der SPD und 90.000 von den Grünen (<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml>, zuletzt abgerufen am 7.2.2016).

die unterschiedlichen Auffassungen darüber, welche Fraktionsmitgliedschaft die AfD im EP anstreben sollte. Parteisprecher Bernd Lucke favorisierte dabei eine Zusammenarbeit vor allem mit den britischen Konservativen in der EKR (Europäische Konservative und Reformier), während zum Beispiel der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Marcus Pretzell eine stärkere Anbindung an die britische UKIP oder gar eine Mitgliedschaft in einer der Fraktionen entweder mit der französischen Front National oder der britischen UKIP favorisierte. Offenkundig wurde diese Auseinandersetzung nur wenige Tage nach dem Europaparteitag der AfD Ende März 2014. In Köln sprach auf Einladung der AfD Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) der UKIP Parteivorsitzende Nigel Farage. Bernd Lucke positionierte sich klar gegen eine solche Zusammenarbeit und distanzierte sich von der Einladung (Herkenhoff 2016: 203). Auf den ersten Blick setzte sich Lucke durch. Das Europawahlprogramm der AfD wurde von der

(Franzmann 2016b). Diagramm 1¹⁹ fasst diese Ergebnisse zusammen. Dabei dominiert bei Verwendung populistischer Stilmittel die Verwendung allgemeiner populistischer Verweise aufs „gute“ Volk als Antagonismus zur herrschenden Elite. Die Kritik an den „Altparteien“ nimmt einen deutlich geringeren Stellenwert ein. Dies ist insofern bemerkenswert, weil Parteineugründungen durchaus zugestanden werden kann, eine solche vergleichsweise undifferenzierte Kritik des etablierten Parteiensystems in der Euphorie der Parteineugründung zu äußern. Die AfD hat sich im Bundestagswahlkampf verglichen mit ihrem eigenen Europawahlkampf eindeutig in viel stärkerem Maße populistischer Stilmittel bedient. Die meisten dieser Pressemitteilungen stammen von Parteisprecher Bernd Lucke selbst. Entgegen seiner durchaus fundierten Eurokritik und vermutlich nicht beabsichtigten Transformation der AfD war er es selbst, der die populistischen Geister innerhalb der AfD geweckt hat (Franzmann 2016b).²⁰



Politikwissenschaft allgemein als moderat eingestuft (Arzheimer 2015). Eine ausführliche Analyse der Pressemitteilungen der AfD in Hinblick auf die Verwendung populistischer Stilmittel offenbart ferner ein interessantes Muster: Während die AfD im Zuge des Bundestagswahlkampfes durchaus auf populistische Stilmittel zurückgriff, verschwinden diese aus den AfD-Pressemitteilungen fast vollkommen mit Eintritt in die heiße Phase des Europawahlkampfes

¹⁹ Das Diagramm 1 zeigt den Prozentanteil an Pressemitteilungen mit populistischen Stilmitteln und undifferenzierter Kritik aller übrigen Parteien. Der linke Balken stellt die Anteilssumme dieser Stilmittel dar. Der mittlere Balken repräsentiert, ob nach der obigen Kerndefinition ein Antagonismus zwischen Volk und Elite hervorgehoben wird, wobei die AfD sich sinngemäß als Anwalt des guten, einheitlichen Volkswillens gegenüber einer moralisch verkommenen Elite darstellt. Der rechte Balken symbolisiert den Anteil undifferenzierter Parteienkritik.

²⁰ Hierfür sprechen auch Auswertungen von über 3000 parteiinternen E-Mails von Bernd Lucke durch DER SPIEGEL Online (www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-lucke-spiegel-wertete-interne-afd-e-mails-aus-a-1013592.html, veröffentlicht 18.1.2015, zuletzt abgerufen am 7.2.2016)

Der Verzicht auf populistische Stilmittel ab März 2014 kann als Ergebnis der innerparteilichen Auseinandersetzung mit den stärker rechten und populistischen Kräften innerhalb der Partei gewertet werden. Das programmatische Signal bezüglich der innerparteilichen Flügel war stellenweise widersprüchlich. Zum einen trat die Kolibri-Führungsfigur Dagmar Metzger von ihrem Amt als Pressesprecherin zurück. Dies war sicherlich Ausdruck der Schwäche der eher konservativ-liberalen Positionen innerhalb der Partei. Der national-konservative, spätere Lebensgefährte von Frauke Petry, Marcus Pretzell, rückte als Beisitzer in den Vorstand auf. Ferner scheiterte Bernd Lucke mit einem Vorschlag für eine Satzungsreform, die darauf abzielte, ihn zum alleinigen Parteivorsitzenden zu wählen. Er forderte damit massiven Protest innerhalb der AfD heraus und trug somit zum Zusammenschluss seiner innerparteilichen Gegner bei. Zum anderen konnte aber Hans-Olaf Henkel als Parteivize gewonnen werden. Mit Gustav Greve und Ursula Braun-Moser rückten zwei ehemalige CDU-Politiker in den Vorstand, die eher für wirtschaftsliberale Positionen standen. Die ebenfalls in den Vorstand aufrückende Verena Brüdigam ließ sich schwer zuordnen, verließ aber im Juli 2015 die AfD. Noch vor der Wahl zum EP gründete sich aus dem Kreis konservativ-liberaler AfD-Mitglieder die Liberale Vereinigung. Ihr Ziel ist die überparteiliche Zusammenarbeit liberaler, eurokritischer Kräfte, was effektiv in einer Vereinigung ehemaliger AfDler mit beim Mitgliederentscheid unterlegenen FDP-Mitgliedern mündete. Viele von ihnen verließen in den Folgemonaten die AfD.²¹ Das gesellschaftlich-konservative Profil hatte Lucke in den Vormonaten selbst geschärft und somit gesellschaftspolitisch konservativ-liberale Mitglieder verprellt. Mit seinen kritischen Statements zum Outing des ehemaligen Fußballnationalspielers Hitzlsperger legte er die AfD auf ein traditionelles Familien- und Geschlechterrollenverständnis fest.²² Der Beschluss der Politischen Leitlinien im Mai 2014 offenbarte weitere interessante Details. Die Leitlinien gaben der AfD ein vorläufiges Grundsatzprogramm, dessen Diskussion bei Abfassung dieses Beitrags noch nicht abgeschlossen war. Der Beschluss des AfD-Grundsatz-

programmes ist derzeit für April 2016 angesetzt – ursprünglich sollte dies schon im Herbst 2015 geschehen. Die Leitlinien wurden im ersten Entwurf vom AfD-Vorstand erarbeitet und mittels einer Mitgliederbefragung diskutiert. Sie offenbarte in einigen wenigen Fragen eine innerparteiliche Spaltung. Dies war vor allem die Frage zur Westbindung, der nur 50,1% der Befragten zustimmten.²³ Auch in der Familienpolitik zeigte sich die Partei in Fragen der Ehe und Abtreibung gespalten. Bezüglich der Einwanderung plädierte ein Großteil der AfD Mitglieder dafür, dass Deutschland als Einwanderungsland eine gesetzlich geregelte Zuwanderung bräuchte. 34,5% der Umfrageteilnehmer lehnten dies ab.²⁴ In dem Vorwort zu den Leitlinien nimmt Bernd Lucke zum ersten Mal offiziell eine klare Verortung der AfD als bürgerlich-konservative Partei vor:

„Mit den Politischen Leitlinien beschreiben wir nicht nur, wogegen wir sind, sondern wir zeigen vor allem, wofür wir eintreten. Die AfD ist keine Protestpartei, die sich auflöst, wenn der Gegenstand des Protestes erledigt ist. Die AfD gibt der bürgerlich-konservativen Mehrheit in Deutschland eine Stimme.“ (AfD Leitlinien).

Die Leitlinien führen 20 einzelne Punkte an, denen eine Präambel vorangesetzt ist. Interessanterweise bezeichnet sich die AfD hier zuvorderst als „Rechtsstaatspartei“ (Seite 6, AfD Leitlinien). Sie stellt hier direkt einen Bezug zur Gleichstellungspolitik her und betont die Ablehnung von Geschlechterquoten. Sie betont hier eindeutig ihr gesellschaftspolitisch-konservatives Profil. Unter Punkt 2 kritisiert die AfD die „überbürokratische Bevormundung“ durch den Staat und verweist unter anderen auf Gesundheits-, Sozial- sowie Asyl- und Zuwanderungsgesetzgebung (ebd.). Punkt 3 thematisiert die Kriminalitätsbekämpfung. Erst unter Punkt 8 wird die Europäische Union unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Subsidiarität diskutiert. Was für eine bemerkenswerte Veränderung der programmatischen Prioritätensetzung! Nur auf den ersten Blick wird dieser Befund durch die Präambel relativiert. Hier erfolgt ein klarer Bezug zur Eurokrise. Allerdings wird die Eurokrise vor allem als Kristallisationspunkt zahlreicher politischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, die nicht direkt mit dem EURO zu tun haben, diskutiert. Daneben finden sich aber auch die klassischen kritischen

²¹ ZEIT Online vom 27.5.2014, www.zeit.de/politik/deutschland/201405/Afdspaltungsaustritt, zuletzt abgerufen am 2.2.2016.

²² Bernd Lucke in seiner „Richtigstellung der Berichterstattung über meine Äußerungen zum Fall Hitzlsperger“ vom 22.1. 2014; „Ich habe gesagt, dass Hitzlsperger Mut zur Wahrheit bewiesen hätte, wenn er sein Coming Out damit verbunden hätte, auch die Bedeutung von Ehe und Familie zu würdigen, weil diese Verfallserscheinungen aufweisen, die ungerne thematisiert werden.“, abrufbar (zuletzt am 20.2.2016 überprüft) unter www.alternativ fuer.de/2014/01/22/richtigstellung-der-berichterstattung-ueber-meine-aeusserungen-zum-fall-hitzlsperger/

²³ Tagesspiegel Online vom 23. April 2014, www.tagesspiegel.de/politik/mitgliederbefragungafdsiehtdeutschlandalseinwanderungsland/9795512.html, zuletzt abgerufen am 28.1.2016.

²⁴ Quelle siehe vorherige Fußnote.

Analysen der EURO-Rettungspolitik und der Entwicklung der EU im Besonderen. Mit dem Beschluss der Leitlinien verbreiterte die AfD nicht nur ihre Programmatik, sondern sie versetzte das ursprüngliche Kernthema des EURO in die zweite Reihe. Im Kontrast dazu widmen sich der Wahlkampf sowie das Europawahlprogramm weiterhin primär dem Eurothema (Zittlau 2014). In Wahlkampfreden wurde die Eurokrise eher zur Begründung innenpolitischer Positionen genutzt (Pieper/Haussner/Kaeding 2015), während im Europawahlprogramm der ökonomische Bezug der Eurokritik vergleichsweise hoch war (Lewandowsky 2016: 42). Gewählt wurde die AfD durchaus für ihre europapolitische Agenda (Wagner/Lewandowsky/Giebler 2015). Das Europawahlprogramm war retrospektiv betrachtet ein wenig irreführend bezüglich der künftigen thematischen Schwerpunkte der AfD. Die Leitlinien dokumentieren somit nicht nur die Themenverbreiterung der AfD, sondern auch und vor allem den ersten Schritt ihrer Themenverlagerung. Sie stellen im Wesentlichen ein Bekenntnis zum Rechtsstaat, dem Grundgesetz und zu der Notwendigkeit zur Kriminalitätsbekämpfung dar. Auch findet sich das im Mitgliederentscheid knapp bestätigte Bekenntnis zur Westbindung wieder.

Die programmatische Auseinandersetzung innerhalb der AfD verlagerte sich nach der EP-Wahl auf eine Auseinandersetzung von Wirtschaftsliberalen, die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auch konservative Positionen in der Gesellschaftspolitik vertraten, mit klassischen sowie nationalen Konservativen, die das Primat des Ökonomischen bezweifelten. Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im Oktober 2014 führten zu einer Stärkung der ostdeutschen Landesverbände. Inhaltlich ging dieser Erfolg mit einer national-konservativen innenpolitischen Agenda und einer Abkehr von den europapolitischen Themen einher (Lewandowsky 2015: 127). Schon bei den AfD-Kandidaten für die Bundestagswahl 2013 zeigte sich ein Ost-West-Muster in dem Sinne, dass die ostdeutschen Kandidaten deutlich autoritärere Einstellungen aufwiesen als die westdeutschen Kandidaten (Jankowski et al. 2016). Die ostdeutschen Wahlsieger Gauland, Höcke und Petry setzen nun öffentlich vernehmbarer als zuvor die Bundesgeschäftsführung im Februar das Asyl- und Einwanderungsthema auf die Agenda (AfD PM 2.10.2014). Die gewachsene innerparteiliche Stärke der Konservativen zeigte sich auch bei den vorstandsinternen Diskussionen um die Gestaltung der Programmatik bis zur Bundestagswahl 2017. Asylpolitik und innere Sicherheit, die schon in den Leitlinien einen erhöhten Stellenwert eingenommen hatte, sollten verstärkt zur Profilierung

genutzt werden²⁵. Als wahrer Brandbeschleuniger der Flügelauseinandersetzung diente das Aufkommen von PEGIDA. Die Auseinandersetzung über die AfD-Positionierung zu PEGIDA vertiefte die Spaltung zwischen den ost- und westdeutschen Landesverbänden. Der zuvor bei der Landtagswahl in Brandenburg erfolgreiche Parteivizesprecher Alexander Gauland äußert sich positiv zu PEGIDA und verkündet sogar offiziell, dass die AfD die natürliche PEGIDA-Partei sei (Vorländer/Herold/Schäller 2016: 40). Dagegen distanzierte sich innerparteilich als erstes der damalige Bundesvizevorsitzende Hans-Olaf Henkel deutlich von PEGIDA, woraufhin Bernd Lucke zunächst medial versuchte eine vermittelnde Position einzunehmen (ebd.). Frauke Petry hingegen forderte in einer Pressemitteilung den Rücktritt von Justizminister Maas auf Grund seiner Kritik an PEGIDA (Petry, PM 15.12.2014). Gauland (PM 23.12.2014) legte als Replik gegenüber der Aufforderung von Altkanzler Schröder, PEGIDA einen Aufstand der Anständigen entgegenzusetzen, nach: „Kaum eine Demonstration ist in der letzten Zeit friedlicher, gewaltfreier und anständiger verlaufen als jene von Pegida.“ Nach den Anschlägen auf Charly Hebdo bekannte Gauland im Januar 2015 in einer weiteren Pressemitteilung: „Vor diesem Hintergrund erhalten die Forderungen von Pegida besondere Aktualität und Gewicht. Die Altparteien sollten sich sehr gut überlegen, ob sie bei ihrer Haltung, die Menschen von Pegida weiterhin zu diffamieren, bleiben wollen.“ (Gauland, PM 7. Januar 2015). Nur einen Tag später bemühte sich Lucke um ein differenziertes Pressestatement zu Charly Hebdo. Er (Lucke, PM 8. Januar 2015) mahnte, die „Gewalttat zweier Extremisten nicht einer ganzen Religionsgemeinschaft“ anzulasten. Henkel (PM 8. Januar 2015) äußerte sich ähnlich: „Anstatt schweigend gegen die vermeintliche Islamisierung des Abendlandes zu protestieren, sollten wir über die massiven Menschenrechtsverletzungen im Namen des Islam diskutieren und gegen diese Widerstand leisten.“ Gauland hingegen positionierte sich in den Folgetagen mit Kritik an den Sozialdemokraten Oppermann und Maas auch weiterhin als PEGIDA-Verteidiger (Gauland, PM 9. & 12. Januar 2015). Die verhärtete Flügelauseinandersetzung zeigte sich anschließend sowohl beim AfD Bundesparteitag in Bremen im Januar 2015 als auch bei den Wahlkämpfen in Bremen

²⁵ Frankfurter Rundschau Online vom 10.11.2014, www.fronline.de/politik/parteienrechtgewinnenaneinflussinderafd,1472596_29007790.html, zuletzt abgerufen am 2.2.2016. Umstritten ist allerdings, inwieweit dies tatsächlich schon als ein „Sieg“ des national-konservativen Flügels zu werten ist – oder ob es einfach Ausdruck eines konservativen, flügelübergreifenden Konsenses war.

und Hamburg. Lucke bekräftigte im Januar 2015 seinen Willen, die Partei alleine als Sprecher zu führen. Laut Pressemitteilung des Bundesvorstandes vom 16. Januar wurde dieser Vorschlag von „Bernd Lucke, Frauke Petry, Konrad Adam, Hans-Olaf Henkel und Alexander Gauland erarbeitet“ (AfD, PM 16.1.2015). Auf dem Bremer Parteitag führte Lucke dann die mangelnde Professionalität innerhalb der bisherigen Führung als Begründung an. Dies forderte zwangsläufig seine Mitsprecherin Frauke Petry sowie Parteisprecher Konrad Adam heraus. Der damalige Vizevorsitzende Hans-Olaf Henkel äußerte später in einem Zeitungsinterview, dass tatsächlich der Kampf gegen rechtsextreme Strömungen das treibende Motiv hinter dem Streben nach der alleinigen Parteiführung stand.²⁶ Petry begann nun, entgegen der zuerst signalisierten Unterstützung, selbst die Führung für sich zu beanspruchen. Bei der auf dem Bremer Parteitag weiter vorangetriebenen Programmdiskussion wurde deutlich, dass sich die AfD wie im November 2014 vom Parteivorstand beschlossen klar gegen Islamismus und islamische Staaten äußerte. Ferner trachtete sie nach der Themenführerschaft in den Themen innere Sicherheit und Asylpolitik. Weiterhin hatten sich in einer Mitgliederbefragung zuvor 98% der Teilnehmer für eine Auflösung des Eurogebietes ausgesprochen (AfD, PM 23. Januar 2015). Trotz der scheinbaren Kompromisse des Bremer Parteitages wurde im Rahmen der Hamburger Bürgerschaftswahlen der Riss durch den Parteivorstand nun auch öffentlich unübersehbar. In Hamburg betrieb der Landesvorsitzende Jörn Kruse einen moderaten, stark auf wirtschaftspolitische Themen sowie auf den EURO fokussierten Wahlkampf. Er verzichtete explizit auf die Unterstützung der ostdeutschen Landesverbände und national-konservativer Vorstandsmitglieder. In einer gemeinsam mit Hans-Olaf Henkel verfassten Pressemitteilung unterstrich Kruse das Ziel, in Hamburg mit einem liberalen Kurs in einer liberalen Stadt einen AfD-Wahlerfolg einzufahren:

„Es geht aber auch darum, zu zeigen, dass die AfD in einer liberalen, weltoffenen Stadt erfolgreich sein kann. Die Signalwirkung nach außen wäre: „Die AfD ist auch im Westen Deutschlands angekommen!“, die nach innen: „Die AfD kann auch mit einer liberalen Einstellung und mit Betonung auf die Bedürfnisse des Mittelstandes erfolgreich sein!“ (AfD, PM 9. Februar 2015).

²⁶ ZEIT Online vom 30.12.2015, www.zeit.de/2015/51/hans-olaf-henkel-afd-hamburg-buehnenredner-kampf, zuletzt abgerufen am 2.2.2016.

Vor allem die beiden Bundessprecher Petry und Adam sowie Vizevorsitzender Gauland nahmen daran Anstoß und geißelten den Wahlkampf als zu wirtschaftsliberal und zu wenig am national-konservativen Wählerkern orientiert.²⁷ Einen neuen öffentlich sichtbaren Höhepunkt erreichte die innerparteiliche Auseinandersetzung schon im März. Lucke setzte die Beurlaubung des national-konservativen Bundesgeschäftsführers Georg Pazderski mit 7:4 im Bundesvorstand durch. Laut Medienberichten stimmten Petry, Adam, Gauland und Diefenbach gegen die Beurlaubung.²⁸ Wenige Tage später veröffentlichte der thüringische Landeschef Björn Höcke zusammen mit dem AfD-Vorsitzenden aus Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, die „Erfurter Resolution“ mit dem Aufruf einen Flügel innerhalb der AfD mit stark national-konservativer Färbung zu etablieren. Die Resolution erfreute sich der Unterstützung von Alexander Gauland, während Frauke Petry nicht offiziell unterschrieb. Laut der Erfurter Resolution habe die AfD „Mitglieder verprellt und verstoßen, [...], sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten [...] im Hamburger Wahlkampf auf die Unterstützung der Wahlsieger aus Thüringen, Brandenburg und Sachsen [...] verzichtet“. Hier wird die Auseinandersetzung um PEGIDA und die Wahlkampfführung als Anlass direkt erwähnt. In der Erfurter Resolution wird auch die angestrebte Ausrichtung der AfD verdeutlicht. Die Erfurter Resolution bezeichnet die AfD unter anderem „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.)“ sowie „als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“. Die AfD drohe zu technokratisch zu werden. Die Antwort erfolgte nur wenige Tage später in Form der so genannten Deutschland-Resolution. Als Initiatoren fungierten die heutigen ALFA-Mitglieder Starbatty, Kölmel, Trebesius und Henkel. Sie betonten die Notwendigkeit von „Sachkompetenz, Realitätssinn und Überzeugungskraft“ für eine erfolgreiche AfD, wenden sich gegen die ideologische Vereinnahmung der Partei durch den rechten Flügel und bekennen schließlich: „Wir wollen die Partei des gesunden

²⁷ Welt Online am 15.2.2015, www.welt.de/politik/deutschland/article137485286/PetryattackiertdieAfDWahlkaempferinHamburg.html, zuletzt abgerufen am 28.1.2016.

²⁸ Spiegel Online vom 3.3.2015, www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-georg-pazderski-soll-als-bundesgeschaefsfuehrer-gehen-a-1021477.html, sowie Die WELT Online: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-georg-pazderski-soll-als-bundesgeschaefsfuehrer-gehen-a-1021477.html vom 3. März 2015, jeweils zuletzt abgerufen am 30. Januar 2016.

Menschenverstandes bleiben. Deshalb unterstützen wir klar die politische Linie von Bernd Lucke und Frauke Petry.“ Die inhaltliche Auseinandersetzung über die programmatische Priorität des Wirtschaftsliberalismus trat mit diesen beiden Resolutionen offenkundig in den Hintergrund. Es ging nun vielmehr sowohl um eine Stilfrage als auch um das Selbstverständnis der AfD als Anti-System-Partei. Die „Erfurter Resolution“ entspricht dabei in ihrer Eigendefinition als „Widerstandsbewegung“ praktisch idealtypisch der obigen politikwissenschaftlichen Definition einer relationalen Anti-System-Partei. Die Unterzeichner der Deutschlandresolution widersprechen dieser Anti-System-Haltung. Ungeachtet der Hervorhebung von Frauke Petry distanzierte Petry sich von der Deutschlandresolution. In einem Interview mit der BILD (26. März 2015) betonte sie, dass die AfD „ein kritischer Stachel im System der etablierten Parteien“ sei (ebd.)²⁹, was sie allerdings selbst nicht als Systemkritik versteht. Ihre folgenden Ausführungen weisen aber exakt auf die politikwissenschaftliche Definition einer relationalen Anti-Systempartei:

„Der Richtungsstreit tobt vielmehr zwischen jenen, die weiter als Oppositionskraft wehtun wollen und denen, die jetzt schon alles dran setzen, die bessere Regierungspartei zu werden.“

Innerhalb des Vorstandes fand zudem eine Untersuchung zum Finanzgebaren des EP-Abgeordneten Marcus Pretzell statt. Die Folgenlosigkeit dieser Untersuchung veranlasste Hans-Olaf Henkel zum Rücktritt von seinem Vorstandsposten. In einer ungewöhnlich offenen Pressemitteilung des AfD Bundesvorstandes begründete Henkel seinen Schritt unter anderem mit der auffälligen Intervention einer Vorstandskollegin zugunsten Pretzells (AfD, PM 23. April 2015).

Während des Bürgerschaftswahlkampfes in Bremen wiederholten sich mit leicht veränderten Vorzeichen die Ereignisse des Hamburger Wahlkampfes. Wieder verzichtete der Landesverband auf Hilfe der ostdeutschen Landesverbände. Das Wahlprogramm formulierte Bildung als prioritäres Thema und favorisierte eine konservative Familienpolitik, die sich kritisch mit „Gender Mainstreaming“ auseinandersetzt (AfD Bremen Wahlprogramm, S. 3 & S. 11). Im konkreten Wahlkampf orientierte sich der Bremer Vorsitzende Christian Schäfer aber durchaus an Themen der inneren Sicherheit (z.B. AfD, PM 13. April 2015 & 16. April

2015). In Bremen entzündete sich der Streit über den Umgang mit der Gruppierung Bürger in Wut (BiW): Während Schäfer eine Strategie der strikten Abgrenzung favorisierte, betonte Petry medial die inhaltlichen Schnittmengen.³⁰ Wenige Tage nach der Bremer Bürgerschaftswahl wurden schließlich in Thüringen drei Unterzeichner der Deutschlandresolution aus der Landtagsfraktion ausgeschlossen³¹ (Tagesspiegel, 13. Mai 2015). Adam und Petry spekulierten öffentlich über einen Austritt Luckes aus der AfD.³² Am 18. Mai 2015 erfolgte schließlich auf Initiative Bernd Luckes die Gründung des Vereins „Weckruf 2015“. Der Aufruf versucht austrittswillige Mitglieder zum Verbleib in der AfD zu überreden. Er richtet sich eindeutig gegen einen möglichen (relationalen) Anti-System-Kurs der AfD:

„Deshalb kann die AfD nicht erfolgreich sein, wenn manche Führungspersonen weiterhin versuchen, die politischen Ränder aufzuweichen und auch radikale Kräfte integrieren wollen, die grundsätzlich systemkritisch, fundamental-oppositionell und nationalistisch daherkommen. [...] Die AfD muss eine unideologische, sachlich und konstruktiv arbeitende Volkspartei für die Mitte der Gesellschaft bleiben.“³³

Interessanterweise wird ferner ein direkter Appell an Frauke Petry formuliert, sich dem „Weckruf 2015“ anzuschließen. Der Verein würde nämlich die „basisdemokratisch beschlossenen Positionen der AfD [vertreten]: Das Bundestagswahlprogramm, das Europawahlprogramm und die politischen Leitlinien“.

Petry hingegen lehnte jede Zusammenarbeit ab. Als Reaktion kündigte Petry vielmehr eine Kampfkandidatur um den Parteivorsitz gegen Lucke an. Der Ver-

³⁰ ZEIT Online vom 9. Mai 2015, www.zeit.de/politik/deutschland/201505/bremenbuergerschaftswahlafd/, zuletzt abgerufen am 29.1.2016. Der Bundesvorstand würdigte übrigens den Einzug in der Bremer Bürgerschaft nicht mit einer gesonderten Stellungnahme. Dies mag als Indiz gewertet werden, dass die Auseinandersetzung im Vorstand so eskaliert war, dass andere Dinge als der Wahlerfolg wichtiger erschienen.

³¹ Tagesspiegel vom 13. Mai 2015, www.tagesspiegel.de/politik/afd-thueringen-stellt-abgeordnete-kalt-bjoern-hoecke-unsere-partei-ist-noch-in-der-pubertaet/11774660.html, zuletzt abgerufen am 29.1.2016.

³² Frankfurter Rundschau Online vom 17. Mai 2015, www.fronline.de/politik/afdrechterfluegelzaehltluckean,1472596,30716176.html, zuletzt abgerufen am 29.1.2016.

³³ Die Seite www.weckruf2015.de war bei Redaktionsschluss nicht mehr online. Der genaue Wortlaut des Gründungsaufrufs kann derzeit (7.2.2016) noch hier abgerufen werden: bernd-lucke.de/weckruf-2015/.

²⁹ Das Interview ist auch online abrufbar (zuletzt überprüft am 30. Januar 2016): www.bild.de/politik/inland/alternative-fuer-deutschland/petry-verlangt-treueschwur-von-lucke-40304718.bild.html.

ein „Weckruf 2015“ wurde im Juni als unvereinbar mit der Satzung der AfD erklärt. Als Begründung wurde angeführt, dass Weckruf Richtungsentscheidungen für die Partei treffen wolle, die aber satzungsgemäß dem Bundesvorstand und dem Bundesparteitag vorbehalten seien.³⁴ Bei der Kampfabstimmung auf dem Essener Parteitag wurde Petry mit 60% der Stimmen zur Sprecherin gewählt. Co-Bundessprecher wurde Jörg Meuthen. Als Fachhochschuldozent für Volkswirtschaftslehre repräsentiert er seitdem den vor allem auf Eurokritik hin orientierten, eher technokratisch-bürgerlichen Flügel an der AfD-Parteispitze (Häusler 2016: 242). In einer internen Abstimmung votierten nach dem Essener Parteitag über 70% der Weckruf-Mitglieder für die Bildung einer neuen Partei. In der Folge trat Lucke aus der AfD aus und gründete zusammen mit anderen Vertretern des wirtschaftsliberalen Flügels die Partei „Allianz für Aufbruch und Fortschritt“ (ALFA). Die EP-Abgeordneten Starbatty, Kölmel, Trebesius und Henkel folgten ihm. Das Gründungsprogramm von ALFA nimmt dabei eine etwas konservativere Position als die Union ein (siehe in diesem Heft Franzmann 2016c).

Diskussion

Inwiefern war der innerparteiliche Bruch von Anfang an in der AfD angelegt? Der Entwicklungsprozess der AfD gibt hier einige interessante Einblicke. Den Bruch zwischen den Freien Wählern und der Wahlalternative 2013 begründete Lucke ähnlich wie sein Streben nach dem alleinigen Sprecheramt bei der AfD. Er führte wieder in erster Linie organisatorische Probleme an, beklagte aber auch eine unzureichende Fokussierung auf währungs- und wirtschaftspolitische Themen. Dabei hat Lucke durchaus den gesellschaftspolitischen konservativen Kurs der AfD unterstützt. Den schleichenden Verlust der konservativ-liberal orientierten Mitglieder im Verlauf des Jahres 2014 konnte oder wollte er nicht aufhalten. Im Nachhinein betrachtet war aber genau der Verlust des von Anfang an kleinen konservativ-liberalen Flügels entscheidend für die Niederlage des wirtschaftspolitischen Flügels gegenüber dem national-konservativen Flügel. Die AfD war nun gesellschaftspolitisch eindeutig konservativer als die Union aufgestellt. Es fehlten konservativ-liberale Argumente gegen die national-konservative Ausrichtung ebenso wie natürlich die Stimmen dieser Mitglieder. Dadurch wurde es möglich, dass in den parteiinternen Debatten „liberal“ mit „wirtschaftsliberal“ gleichge-

setzt wurde, bei einem stillen Einverständnis in ein konservatives gesellschaftspolitisches Programm. Als dann mit dem Erstarken der national-konservativ orientierten ostdeutschen Landesverbände und dem Aufkommen der PEGIDA-Bewegung die innerparteiliche Auseinandersetzung sich ihrem Höhepunkt näherte, waren die Personen um Lucke herum längst nicht mehr Vertreter der Parteimitte. Es fehlte schlicht links von ihnen ein schlagkräftiger konservativ-liberaler Flügel. Allerdings gab es den innerhalb der AfD von Anfang an nicht. Die mediale Fokussierung auf Bernd Lucke und dem Anti-Euro-Thema ließ aus dem Blick verlieren, dass der EURO nur Gründungsanlass, aber nicht Gründungsursache war (vgl. Franzmann 2014). Im Gründungsvorstand der AfD dominierten eindeutig mit Frauke Petry, Konrad Adam und vor allem Alexander Gauland Vertreter des späteren national-konservativen AfD-Flügels. Der im März 2014 erweiterte Vorstand rekrutierte sich zusätzlich aus Personen, die nach dem Essener Parteitag der AfD nicht mehr angehören sollten. Es waren aber überwiegend dezidiert konservative und nicht liberale Persönlichkeiten, die dazu stießen. Nicht übersehen werden darf, dass die Gründungsursache der AfD im Kern immer eine Unzufriedenheit mit der fehlenden konservativen Ausrichtung der CDU war. Die Eurokrise schuf schlicht ein Gelegenheitsfenster zur Parteigründung (Decker 2016: 14). Sie spielte temporär der AfD Stimmen unzufriedener Liberaler nach der FDP-internen Mitgliederentscheidung zur Stützung der Regierungspolitik in der Eurokrise zu. Aber sie war im Kern nie eine liberale, sondern eine konservative Angelegenheit. Die Begriffswahl war von Beginn an parteispaltenden Vorbildern orientiert. „Die Wahlalternative“³⁵ war im Jahr 2004 ein Instrument, um den SPD-internen Protest gegen die Agenda-Politik Schröders zu organisieren und zu einer Parteigründung zu führen. Ein Schelm wer glauben konnte, dass bei dieser Begriffsgleichheit die „Wahlalternative 2013“ etwas anderes vorhatte, als spiegelbildlich im bürgerlichen Lager eine Abspaltung zur Union zu etablieren wie es zuvor der WASG gelungen war. Ihr Bestreben konnte daher mehrheitlich nur eine konservative Agenda sein. Der EURO war nur der temporäre Anlass, der inhaltlich ganz verschiedene inhaltliche Strömungen zusammenschweißte.

Der innerparteiliche Bruch der AfD als Konsequenz des Essener Parteitages ist neben einer programmatischen Auseinandersetzung über die Bedeutung des Freihandels und des Wirtschaftsliberalismus vor allem

³⁴ ZEIT Online vom 23. Juni 2015, www.zeit.de/politik/deutschland/2015-06/afd-bernd-lucke-weckruf-2015-gescheitert, zuletzt abgerufen am 29. 1 2016.

³⁵ Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) fusionierte 2007 mit der PDS zur Partei „Die Linke“.

auf die Frage, inwieweit sich die AfD als relationale Anti-Systempartei ohne Regierungsambitionen versteht oder nicht, zurückzuführen. Mit dem Aufkommen der PEGIDA-Bewegung und den starken Landtagswahlergebnissen der ostdeutschen Landesverbände ließ sich diese Frage nicht mehr von der innerparteilichen Agenda nehmen. Im Nachhinein erscheint der Bruch fast unvermeidlich. Der moderatere Flügel innerhalb der AfD war dabei in Folge des schon im Vorjahr erfolgten Exodus der konservativ-liberalen Kräfte hoffnungslos unterlegen. Die um Lucke organisierten Ökonomen waren somit im Endeffekt die bürgerlich-moderaten Türöffner für die Etablierung einer national-konservativen, populistischen Partei innerhalb des deutschen Parteiensystems.³⁶

Literatur

Art, David (2011): *Inside the Radical Right*. Cambridge: Cambridge University Press.

Arzheimer, Kai (2015): The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? In: *West European Politics* 38 (3), 535-556.

Berbair, Nicole et al. (2015): The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? In: *German Politics* 24 (2), 154-178.

Bobbio, Norberto (1994): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin.

Burke, Edmund [1793] 1968: *Betrachtungen über die Französische Revolution*. Aus dem Englischen übertragen von Friedrich Gentz. Zürich: Manesse Verlag.

Capoccia, Giovanni (2002): Anti-System Parties. A Conceptual Reassessment. *Journal of Theoretical Politics* 14 (1), 9-35.

Collier, David und Steven Levitsky (1997): Democracy with adjectives: Conceptual innovation in comparative research. *World Politics* 49 (03), 430-451.

Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: ders. (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: Springer VS., S. 33-58.

Decker, Frank (2016): Die » Alternative für Deutschland « aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Alexander Häusler (Hrsg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Ent-*

wicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-24.

Decker, Frank und Marcel Lewandowsky (2012): Die rechtspopulistische Parteienfamilie. In: Uwe Jun und Benjamin Höhne (Hrsg.): *Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?* Opladen: Barbara Budrich, 268-281.

Franzmann, Simon T. (2014): Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive. In: *MIP Jg. 20*, Düsseldorf, 115-124.

Franzmann, Simon T. (2016a): Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie. In: Sebastian Bukow, Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hrsg.) *Parteien in Staat und Gesellschaft Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie*, im Erscheinen.

Franzmann, Simon T. (2016b): How Lucke calls the ghost of populism. The tactical and the strategic Agenda of the German AfD. Manuskript Düsseldorf.

Franzmann, Simon T. (2016c): Die Programmatik von ALFA in Abgrenzung zur AfD: Droht Deutschland eine Spirale des Populismus? In: *MIP Jg. 22*, Düsseldorf, 38-51.

Freeden, Michael (1998): Is Nationalism a distinct ideology? In *Political Studies* XLVI, S. 748-765.

Frey, Timotheus (2009): *Die Christdemokratie in Westeuropa: der schmale Grat zum Erfolg*. Baden-Baden: Nomos.

Hawkins, Kirk A. (2009): Is Chávez Populist? Measuring Populist Discourse in Comparative Perspective. *Comparative Political Studies* 42 (8), 1040-1067.

Häusler, Alexander et al. (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Düsseldorf: Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen.

Häusler, Alexander (2016): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer VS.

Herkenhoff, Anna-Lena (2016): Rechter Nachwuchs für die AfD–die Junge Alternative (JA). Die Alternative für Deutschland. In: Alexander Häusler (Hrsg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer VS, 201-217.

Jagers, Jan und Stefaan Walgrave (2007): Populism as Political Communication Style: An Empirical Study of Political Parties' Discourse in Belgium. *European Journal of Political Research* 46 (3), 319-345.

³⁶ Vgl. hierzu auch die Argumentation bei Art (2011). Arzheimer (2015) wies schon zuvor darauf hin, dass Arts Theorie der moderaten Türöffner zur Legitimation radikalerer Positionen bei der AfD bestätigt werden könnte.

- Jankowski, Michael, Sebastian Schäfer und Markus Tepe (2016): Ideological alternative? Analyzing Alternative für Deutschland candidates' ideal points via block box scaling, *Party Politics*, im Erscheinen.
- Kaltwasser, Cristóbal R. (2014): The Responses of Populism to Dahl's Democratic Dilemmas. *Political Studies* 62 (3), 470-487.
- Lewandowsky, Marcel (2015): Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 25 (1), 119-134.
- Lewandowsky, Marcel (2016): Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus, . In: Alexander Häusler (Hrsg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer VS, 39-52.
- Meyer, Thomas (2011): *Soziale Demokratie*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Springer.
- Mill, John Stuart [1969] (1859): *Über Freiheit*. Frankfurt, Wien: Europäische Verlagsanstalt.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39 (3), 541-563.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas und Cristóbal R. Kaltwasser (2013): Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America. In: *Government & Opposition* 48 (2), 147-174.
- Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS, 175-208.
- Pieper, Morten et al. (2015): Die Vermessung des Euroskeptizismus der Alternative für Deutschland (AfD) im Frühjahr 2014. In: Michael Kaeding und Niko Switek (Hrsg.): *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*. Wiesbaden: Springer VS, 149-160.
- Rooduijn, Matthijs 2014: The Nucleus of Populism. In *Search of the Lowest Common Denominator*, in: *Government and Opposition* 49 (4), 573-599.
- Rooduijn, Matthijs et al. (2014): A populist Zeitgeist? Programmatic contagion by populist parties in Western Europe. In: *Party Politics* 20 (4), 563-575.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and party systems. A framework for analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmitt, Carl (1932): *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Johannes (2016): *The Missing Link in Polarized Pluralism: An Actor-based Explanation of Centrifugal Dynamics in the Logic of Sartori*. Manuskript, Düsseldorf.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2014): Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1), 94-112.
- Schmitt, Johannes und Simon Franzmann (2016): Wie schädlich sind große Koalitionen. Zum Zusammenhang von Regierungs-Oppositionskonstellation und ideologischer Polarisierung. In: Sebastian Bukow, Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Parteien unter Wettbewerbsdruck*. Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen).
- van Kessel, Stijn (2014): The populist cat-dog: applying the concept of populism to contemporary European party systems. In: *Journal of Political Ideologies* 19 (1), 99-118.
- Vorländer, Hans et al. (2016): *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wagner, Aiko et al. (2015): Alles neu macht der Mai? Die AfD und die Europawahl 2014. In: Michael Kaeding und Niko Switek (Hrsg.): *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*. Wiesbaden: Springer VS, 137-148.
- Zittlau, Steffen (2014): *European Elections 2014 – Alternative für Deutschland*. Interview mit Rainer Erkens, AfD-Wahlkampfmanager zur EP-Wahl 2014, Berlin.

Originaldokumente

- AfD Leitlinien (28.5./1.5.2014): www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD_Leitlinien_2015_DE.pdf (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).
- Deutschlandresolution (7.5.2015): deutschland-resolution.de/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).
- Erfurter Resolution (AfD) (März 2015): www.derfluegel.de/erfurter-resolution/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).
- Wahlprogramm AfD Bremen (8./9.11.2014): www.alternativefuer-bremen.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/2015-05-04_AfD-Bremen_Wahlprogramm-2015_V2.6-3.pdf (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Weckruf 2015 (18.5.2015): bernd-lucke.de/weckruf-2015/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Pressemitteilungen

AfD, PM (19.2.2014): Bundesgeschäftsführung: Bristantes Ergebnis: Die absolute Mehrheit der Deutschen wünscht mehr Kontrolle in Sachen Zuwanderung. www.presseportal.de/pm/110332/2668810 (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

AfD, PM (2.10.2014): AfD: Mit dem beschleunigten Bau von Heimen ist dauerhaft niemandem geholfen, www.alternativefuer.de/2014/10/02/afd-mit-dem-beschleunigten-bau-von-heimen-ist-dauerhaft-niemandem-geholfen/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

AfD, PM (16.1.2015): AfD-Spitze einigt sich auf Vorschlag zur neuen Führungsstruktur, www.alternativefuer.de/2015/01/16/afd-spitze-einigt-sich-auf-vorschlag-zur-neuen-fuehrungsstruktur/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

AfD, PM (23.1.2015): 98 Prozent der AfD-Mitglieder für Eurokritik als Kernthema. www.alternativefuer.de/2015/01/23/98-prozent-der-afd-mitglieder-fuer-eurokritik-als-kernthema/ (zuletzt abgerufen am 17.02.2016).

AfD, PM (9.2.2015): Konrad Adam verlangt Familienleistungsausgleich. www.alternativefuer.de/2015/02/06/konrad-adam-verlangt-familienleistungsausgleich/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

AfD, PM (13.4.2015): Schäfer: Polizei stärken, Kuscheljustiz beenden! www.alternativefuer.de/2015/04/13/schaefer-polizei-staerken-kuscheljustiz-beenden/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

AfD, PM (16.4.2015): Schäfer: Union offenbart Inkompetenz in Sachen Einwanderung. www.alternativefuer.de/2015/04/16/schaefer-union-offenbart-inkompetenz-sachen-einwanderung/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

AfD, PM (23.4.2015): Hans-Olaf Henkel zieht sich aus dem Bundesvorstand der AfD zurück. www.alternativefuer.de/2015/04/24/hans-olaf-henkel-zieht-sich-aus-dem-bundesvorstand-der-afd-zurueck/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Gauland, PM (23.12.2014): Gauland: Altparteien stehen für Politikversagen und Indifferenz. www.alternativefuer.de/2014/12/23/gauland-altparteien-stehen-fuer-politikversagen-und-indifferenz/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Gauland, PM (7.1.2015): Gauland: Anschlag in Paris ist Angriff auf unsere Grundwerte. www.alternativefuer.de/2015/01/07/gauland-anschlag-paris-ist-angriff

[f-auf-unsere-grundwerte/](http://www.alternativefuer.de/2015/01/07/gauland-anschlag-paris-ist-angriff) (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Gauland, PM (9.1.2015): Gauland: Parteipolitisch motiviertes Gezänk ist jetzt fehl am Platze. www.alternativefuer.de/2015/01/09/gauland-partecipolitisch-motiviertes-gezaenk-ist-jetzt-fehl-platze/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Gauland, PM (12.1.2015): Gauland: Maas repräsentiert nicht, er spaltet. www.alternativefuer.de/2015/01/12/gauland-maas-repraesentiert-nicht-er-spaltet/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Henkel, PM (8.1.2015): Henkel fordert Aufklärung über und Widerstand gegen Auswüchse des Islam, www.alternativefuer.de/2015/01/08/henkel-fordert-aufklaerung-ueber-und-widerstand-gegen-auswuechse-des-islam/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Lucke, PM (8.1.2015): Lucke: Die Gewalttat zweier Extremisten nicht einer ganzen Religionsgemeinschaft anlasten. www.alternativefuer.de/2015/01/08/lucke-die-gewalttat-zweier-extremisten-nicht-einer-ganzen-religionsgemeinschaft-anlasten/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).

Petry, PM (15.12.2014): Petry: Maas als Justizminister vollständig disqualifiziert. www.alternativefuer.de/2014/12/15/petry-maas-als-justizminister-vollstaendig-disqualifiziert/ (zuletzt abgerufen am 17.2.2016).